

Redebeitrag

Plenum, 22.02.2016

Dok. 88 – Geschäftsführungsvertrag Verbraucherschutzzentrale
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

Die Verbraucherschutzzentrale der DG hat eine wichtige Aufgabe, sie informiert Bürger über Missstände und sie hilft Bürgern in zahlreichen Bereichen, so zum Beispiel beim Mietrecht, oder bei der Schuldnerberatung.

Und man kann Sie auch als präventives Element in der DG betrachten.

Die Arbeit welche dort getan wird, möchten wir lobend hervorheben.

Es ist ein Mehrwert für die Bürger.

Und die Menschen welche dort arbeiten, wie in anderen Diensten auch, gehen mit Tatendrang voran und leisten Erhebliches.

In der Diskussion im Ausschuss wurde deutlich, dass die Verbraucherschutzzentrale 30 Prozent der Mittel selbst erwirtschaftet.

Und dass sie 70 Prozent ihrer Mittel über die DG erhält.

Auch hier erkennt man die Eigeninitiative der Einrichtung.

Im Ausschuss hatten wir darauf aufmerksam gemacht, dass aufgrund der sechsten Staatsreform, Mehrarbeit auf die Verbraucherschutzzentrale zukommen würde, denn die DG ist nun vollständig für die Gesundheitsprävention zuständig und hier liegt einiges im Argen.

Bekanntlich heißt es: Vorsorge kommt vor der Sorge.

Und erfahrungsgemäß legt die allgemeine Gesundheitspolitik; oder welche sich als solche bezeichnet, nicht den Schwerpunkt auf diesen Bereich, was nicht nur Schade sondern ganz einfach falsch ist.

Und dies führt zu immensen Kosten für die Allgemeinheit und viel Leid für die Betroffenen.

Primärprävention wird immer noch politisch zu wenig gefördert.

Die Vivant Fraktion hatte zum Bereich Gesundheitspolitik, immer wieder auf diesen Missstand hingewiesen und in den letzten Monaten vier Interpellationen zum Thema eingereicht und in der vergangenen Woche einen weiteren Resolutionsvorschlag, welcher, wie wir eben hören konnten, heute an den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde.

Wir hoffen hier auf einen ähnlichen konstruktiven Dialog, wie mit unserem Vorschlag bezüglich der Seniorengenossenschaften welcher im Ausschuss von allen Fraktionen unterstützt und einstimmig angenommen wurde.

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir eine Parallele zu einer unserer aktuellen Frage der vergangenen Woche, und zwar zu den Prioritäten in der Wallonischen Region bezüglich dem Umweltbeauftragten.

Als ich den Missstand der unzureichenden Gesundheitsprävention im Ausschuss angesprochen hatte, bemerkte der Minister, dass das Ministerium und die bezuschussten Einrichtungen nicht jedes Thema in aller Ausführlichkeit annehmen könnten, da dazu schlichtweg die Mittel und das Personal fehlten.

Wenn man sich die Ausgaben und Prioritäten der DG Regierung und der Mehrheit anschaut dann erkennt man hier eine unrühmliche Parallele zur Wallonischen Region.

Als Beispiel.

Mit das erste was unser aktueller Parlamentspräsident bekanntlich hier im Hause gemacht hatte, war eine Erhöhung der Bezüge für seinen Mitarbeiter zu beantragen, alle Mehrheitsfraktionen stimmten dem zu.

Auch den Mitteln für den fragwürdigen Posten des Mitarbeiters des Senators, wurde zugestimmt.

Obwohl es sich bei den Ämtern um Vollzeitpolitiker handelt, mit sehr hohen Bezügen und diese auch auf die Mitarbeiter in den Fraktionen zurückgreifen können, wurde hier nicht diskutiert, sondern die Mittel wurden bewilligt.

Vielleicht wäre dieses Geld sicherlich dringender in der Gesundheitsprävention angebracht und würde so einen Mehrwert für die Bürger schaffen.

Unabhängig davon muss ich nicht zum wiederholten Male auf die Unsinnigkeit des Senats hinweisen.

Meine Damen und Herren,

da wir die Arbeit in dieser Einrichtung schätzen und einen Mehrwert erkennen, werden wir nicht gegen diesen und gegen die anderen heute zur Abstimmung stehenden Geschäftsführungsverträge stimmen.

Da wir jedoch wieder einmal eine falsche Prioritätenliste der Regierung erkennen, werden wir diesen Verträgen nicht zustimmen sondern uns enthalten.

Ich danke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Vivant Fraktion im PDG
Michael Balter -